

2013-10-14

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
18.06.2013**

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:40 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**

Rumpf, Frank

Gebhardt, Roland

Vertreter für Herrn Trocha,  
Abwesend zu TOP 7.1.

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Krüger, Otto-Harald

**Fraktion der SPD**

Dreibrodt, Hans-Peter

Vertreter für Herrn Laue,  
Abwesend ab TOP 7 (18:25 Uhr)

**Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**

Busch, Thomas

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**

Otto, Hans-Georg

**Fraktion der FDP**

Bähr, Manfred

Vertreter für Herrn Dr. Neubert

**Fraktion NEUES FORUM**

Hofmeister, Dirk

Entschuldigt

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 9 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### 2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

#### Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.05.2013

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 07.05.2013 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angemerkt, dass zum TOP 3 seitens der Verwaltung eine Zuarbeit zur Aufstellung des sachlichen Teilplans „Daseinsvorsorge in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg“ – Festlegung der Grundzentren zugesagt wurde und er diese noch nicht erhalten habe.

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde mitgeteilt, dass hierzu bereits ein Schreiben am 23.05.2013 versandt worden sei.

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht, so dass die Niederschrift durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

#### Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 3

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

### 4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 07.05.2013 gegebenen Informationen sowie den nichtöffentlichen Beschlussfassungen:

*Vergabe von Bauleistungen*

*BV: Umbau, Erweiterung und Sanierung GS und Hort Friederikenstraße*

*Los 7: Metall-, Glaselemente und Sonnenschutz*

*Vorlage: BV/079/2013/VI-65*

*Die Information zur Vergabe der Bauleistungen wurde zur Kenntnis genommen.*

Vergabe von Bauleistungen  
BV: Umbau, Erweiterung und Sanierung GS und Hort Friederikenstraße  
Los 16 Heizung / Lüftung / Sanitär  
Vorlage: BV/081/2013/VI-65

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt  
(Abstimmungsergebnis 7 : 0 : 0)

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## 5. Öffentliche Beschlussfassungen

### 5.1. 4. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau für die Ortschaft Rodleben im Bereich des BioPharmaParks Vorlage: BV/119/2013/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Die Nachfrage von **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, ob die Änderungen, die im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus beschlossen wurden, bereits mit den ausgereichten Unterlagen verteilt worden seien, konnte durch **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, bestätigt werden.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** **9 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 5.2. Flächennutzungsplan Stadtteil Roßlau (Elbe) - 1. Ergänzung um die Ortschaft Mühlstedt - Abwägungsbeschluss Vorlage: BV/116/2013/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, informierte über die einstimmige Abstimmung im Ortschaftsrat Mühlstedt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** **9 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 5.3. Flächennutzungsplan Stadtteil Roßlau (Elbe) - 1. Ergänzung um die Ortschaft Mühlstedt - Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/117/2013/VI-61

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

**5.4. Allgemeine Sanierung der Kindertageseinrichtung "Glück und Frieden" des Behindertenverbandes Dessau e. V. unter Inanspruchnahme von Fördermitteln des Krippenausbauprogramms  
Vorlage: BV/161/2013/V-51**

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

**Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes**, informierte über die einstimmige Zustimmung des Finanzausschusses.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

**6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

**6.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

**6.1.1. Urbane Kerne - Landschaftliche Zonen - Evaluation des Landschaftszuges**

Einführend informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass sich die Präsentation auf die im Januar 2013 gestellte Anfrage beziehe. Thematisiert wurde die Problematik der Claims und deren Nachhaltigkeit im Programm des Stadtumbaus – IBA Projekt. Da es ein weiteres Programm in Regie des Bauhauses gebe, sei das Interesse an der erfolgten Umsetzung groß. Im Allgemeinen gebe es hier und dort Kritik, so **Herr Schönemann** weiter, so dass eine Abwägung von Für und Wider sowie eine öffentliche nachvollziehbare Präsentation des Aspektes der Nachhaltigkeit erforderlich seien. Die Diskussionen gehen an diese Stelle weit auseinander, daher sei ein ordentlicher Umgang mit diesem Thema wichtig. Notwendige Korrekturen seien rechtzeitig vorzunehmen.

Bezug nehmend auf die folgende Präsentation informierte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass man sich nicht nur auf die Claims fokussiert habe, da diese nur einen kleinen Bestandteil des Gesamtprojektes darstellen.

Einführend in die Präsentation des Landschaftszuges berichtete **Frau Dr. Lott, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass sie die Wertigkeit der Claims im Landschaftszug aufzeigen werde. Der Landschaftszug, der die Urbanen Kerne von einander trenne und sich von der Gartenreichlandschaft der unteren Muldaue durch die Stadt ziehen solle, sei in seiner späteren Entstehung 120 ha groß. Dieser Prozess, für den es ein zeitlich und räumlich flexibles Entwicklungskonzept gebe, sei noch nicht abgeschlossen. Die Rodebille-Flächen machen etwa 10 ha Fläche des Landschaftszuges aus. Dieser habe eine vollständige Ausprägung im Ost-Grün-Zug erfahren.

Module seien, so **Frau Dr. Lott** weiterführend, Claims und Eichengruppen bzw. Pflanzgruppen von Bäumen und Orten, an denen Paten tätig werden. Wichtig sei, dass es Motive gebe, d. h. Spuren dessen, was dort gestanden habe.

Der Landschaftszug werde sich erst durch Pflege entwickeln. Patenschaften sind in diesem Prozess eingebettet. Claims als unselbstständige Teile des Landschaftszuges, seien nun in ihrer Wirkung zu bewerten.

Veranschaulichend führte **Frau Dr. Lott** ihrer Präsentation weiter fort. U. a. informierte sie über Arbeiten auf den Flächen mit unterschiedlichen Startvoraussetzungen. Um eine Vielfalt im Landschaftszug zu erreichen, sei es Ziel, unterschiedliche Zielbiotope entstehen zu lassen. Hierbei die der Abriss von Bäcker- und Fleischerei als Beispiel genannt. Dort wurde mit unterschiedlichen Substrataufträgen gearbeitet und unterschiedliche Ansaattechniken kamen zur Ausführung.

Aktuelle Impressionen sowie die Darstellung der Patenflächen wie u. a. der Apothekergarten, Claimflächen in der Bauhofstraße, Claims in der Fläche Neuendorf- und Viethstraße, Garten der Sinne und schlussendlich die BMX-Strecke im Bereich des Kohlehandels wurden beleuchtet.

Zusammenfassung erklärte **Frau Dr. Lott**, dass sich die Patenflächen und Claims nur in ihrer gestalterischen Umgebung entwickeln können, sie seien nicht selbstständig und können positiv oder negativ wirken.

Die Stadt habe für sich daraus abgeleitet, dass die Claims aufgrund ihrer kostenintensiven Erstellung nicht mehr aktiv unterstützt werden.

Für die Vorstellung der Präsentation und der Informationen dankte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und hinterfragte, wie hoch sich der Ausfall beziffern ließe.

Als Standard für die Claims wurden Wege um diese Flächen gebaut - in einem Passepartout von 60 cm Breite und eingebrachten Holzbrettern sowie Austausch des Oberbodens – so **Frau Dr. Lott, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Entsprechende Zahlen habe sie heute nicht mit, es handele sich um kleine Flächen von 400 m<sup>2</sup>. Bezogen auf die großen Umgestaltungen der Flächen entspreche dies nur einem kleinen Prozentsatz. Diese Flächen könne man aber jeder Zeit wieder aktivieren, so dass nichts verloren gehe.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ob die Missverständnisse im Zuge der Vertragsgestaltung in Kooperation mit dem „Garten der Sinne“ ausgeräumt seien, informierte **Frau Dr. Lott**, dass Frau Hartmann sich engagiere und durch ihr Handeln die Patenidee enorm unterstütze. Frau Hartmann habe bisher formell keinen Vertrag unterschrieben. Dies sei aber auch nicht von großer Bedeutung, da das Patenwerk nicht statisch sei. Die Stadt wirkt mit den Pflegeverträgen unterstützend, d. h. die Patenakteure seien dadurch über die Stadt haftpflichtversichert. Die Auslebung der Patenidee ohne eine Inanspruchnahme dieser, sollte gewürdigt werden.

Ergänzend zur Thematik äußerte **Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, dass Frau Hartmann dies in engagierter Weise wahrnehme und diese eine tolle Ausnahme darstelle. Mit der heute vorgestellten Präsentation wurden die Ziele wieder ins Bewusstsein gerufen, die mit dem Projekt erreicht werden sollten. Für die meisten Bürger der Stadt erscheinen diese Flächen nur als Wildnis, die die Stadt zerschneide und in ihrem Zusammen-

halt störe. Hinweisend verwies Herr Krüger auf die inbegriffene Alternativfläche für die Schwimmhalle.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bat an dieser Stelle um die Kommunikation. Es gebe viele Fragen in der Stadt, die nicht so einfach beantwortet werden können. Es biete sich an, diesen Vortrag mit Bildern, Zielsetzungen und einer zeitlichen Darstellung zu transportieren, um eine positive Grundstimmung entstehen zu lassen. Im Grundsatz selber werde der Landschaftszug eher skeptisch diskutiert, da die fachliche Sicht fehle. Dies sei aber für die Gesamtkommunikation in der Stadt von Bedeutung.

Weiterführung erklärte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass sie dankbar sei, dass das Projekt „Wildnis wagen“ fortgeführt werden könne. Ein entscheidender Aspekt stelle die Öffentlichkeitsarbeit dar, die über dieses Projekt wieder aktiviert werden könne. Sobald die Bewilligung vorliege - man hoffe zum 1. September - liege auch eine Aufgabe vor, die die geforderte Kommunikation von Herrn Schönemann aufgreife.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, informierte, dass er von Anwohnern aus dem Bereich Friederikenplatz/Schule angesprochen worden sei. Es fehlen in der Stadt Möglichkeiten für die Kinder zum Rodeln. Er möchte hierzu eine Prüfung anregen, um zu schauen, ob eine Realisierung an ein bis zwei Standorten möglich sei.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Thematik Landschaftszug, erläuterte **Frau Dr. Lott, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass dieser jetzt am eindruckvollsten zu begehen sei. Um eine zunehmende Identifikation mit der Fläche zu erwirken, äußerte **Herr Schönemann** die Bitte, eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses vor Ort durchzuführen. Eine Einigung konnte auf Ende August/Anfang September erfolgen.

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, erinnerte daran, dass die Reihenfolge eine andere sei. Aufgrund der vielen Gebäude, die abgerissen werden mussten, war die Planung und der Bau des Landschaftszuges ein Versuch, diese Gebäudeabrisse zu steuern, damit nicht an jeder Ecke in der Stadt ein kaputtes Gebäude stehe. Bezieht man dies mit in die Betrachtung ein, so werde der Landschaftszug deutlich positiver bewertet.

Weitere Wortmeldungen wurden zu diesem Thema nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

### **6.1.2. Informationen zur Prüfung von Möglichkeiten zur Befestigung von Teilen des Innenbereiches des Achteckes und Schaffung von Stellplätzen**

Das Thema „Am Achteck“ aus der letzten Ausschusssitzung am 07.05.2013 aufgreifend, informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass die Unterlagen zur Problematik dem Protokoll der Sitzung vom 07.05.2013 als Anlage beigefügt worden waren. Veranlassung zur Prüfung war eine Anfrage von Bürgern gerichtet an Herrn Stadtrat Otto.

Anhand einer Planungsskizze und der Kostenermittlung kann zusammenfassend als Ergebnis festgehalten werden, dass die Bausumme 75.000 € brutto umfasse. Die Beteiligung nach Straßenausbaubeitragsatzung sei möglich, so dass der Straßenausbaubeitragsanteil für die Bürger bei 44 Anliegern sich auf 45.000 € belaufe. Der Eigenanteil der Stadt sei mit 30.000 € zu beziffern.

Es werde davon ausgegangen, dass es eine Mehrheit für die Umsetzung des Verfahrens gebe, ansonsten müsste der Stadtrat sich hierzu positionieren. An dieser Stelle bat **Herr Pfefferkorn** um ein Votum des Ausschusses zur Durchführung des vorgeschlagenen Verfahrens.

Befürwortend äußerte sich **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Durchführung des Verfahrens. Gegebenenfalls müsse man hier durch einen Stadtratsbeschluss sich über das Bürgervotum hinwegzusetzen. Da es dort vor Ort keine andere Möglichkeit gebe und es sich hier um ein denkmalgeschütztes Areal handele, unterstütze er das Vorhaben.

Die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ob die abgestimmte Variante vorher mit den Bürgern des Areals diskutiert worden sei, verneinte Herr Pfefferkorn.

Hinzufügend informierte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass die anfragenden Bürger in der Zwischenzeit sich selbst bei den Anwohnern erkundigt haben. Daher wisse er, dass eine Mehrheit nicht unbedingt erreicht werde.

Viele Varianten gebe es hier nicht mehr, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, weiter. Man habe mit möglichst wenigen Mitteln versucht, dieses Problem zu lösen. Denkmalschutzrechtlich sei alles abgestimmt. Die Fahrbahnverbreiterung von 1,50 m nehme zwar einen Teil der Grünfläche weg, werte den Rest aber deutlich auf.

**Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, äußerte, dass die Schwierigkeit der Umsetzung in der Bürgerbeteiligung liege. Es bleiben jedoch keine großen Spielräume mehr, somit würde auch er dem Verfahren zustimmen.

Abschließend sprach sich auch **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, für das vorgeschlagene Verfahren aus und empfahl dessen Umsetzung.

Weitere Wortmeldungen wurden zu diesem Thema nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

### **6.1.3. Berichterstattung zu den Meisterhäusern**

Zu dem aktuellen Stand der Meisterhäuser erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dass die Auftragung der Lasur an der Mauer abgeschlossen wurde und die Verkehrswege freigegeben seien. Somit entfalte jetzt die Sichtseite ihre Wirkung.

Beim Besuch der Baustelle in der letzten Sitzung hatte er die Idee der Fenster vorgestellt. Am kommenden Montag werden die ersten zwei Fenster zur Probe eingebaut. Im Anschluss gehe es in die Produktion, so dass man den vorgesehenen Terminplan einhalten werde.

Zu der Thematik Oberflächenbearbeitung der Artefakte, teilte **Herr Bekierz** eine Unterlage aus, die die Grundidee des Künstlers aufzeige. Auf den Oberflächen, die die Artefakte bilden, werde eine Spachtelung oder verschieden Putze aufgebracht. Lediglich durch die Anordnung an verschiedenen Stellen, welche alle weiß gestrichen werden, soll eine Wirkung über das Licht und über die Schatten, die dabei entstehen, erzielt werden. Es stelle ein relatives unauffälliges Kunstwerk dar, welches sich im Hintergrund halte. Die Initiierung erfolge vom künftigen Nutzer, der Stiftung Bauhaus. Die vollständige Finanzierung erfolge durch Dritte, d. h. diese Maßnahme werde durch die Stiftung Meisterhäuser letztlich getragen und durch die

Kulturstiftung Sachsen-Anhalt kofinanziert. Die Kosten betragen rund 100.000 €. Sollten beim Studium der ausgereichten Unterlagen Fragen entstehen, können diese zur Sitzung in der nächsten Woche geklärt werden.

Weitere Wortmeldungen wurden zu diesem Thema nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### 6.1.4. Ersatzneubau Muldebrücke BW 11

In Bezug auf die Hochwasserthematik reflektierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, im Ergebnis, dass Dessau-Roßlau weitestgehend vom Hochwasser verschont worden sei. Dies hat unter anderem Ursachen in der Verfügbarkeit von sehr guten Deichanlagen und Ausgleichsflächen, leider aber auch aufgrund der vorangegangenen Deichbrüche in anderen Orten. Die Eindeichung führe dazu, dass erheblich höhere Pegelstände auftreten.

Einleitend zum aktuellen Stand des Ersatzneubaus der Muldebrücke, nutzte **Herr Hantusch** die Gelegenheit, über den Besuch bei Minister Webel zu sprechen. Im Vorgriff auf die heutige Veranstaltung habe er noch mal das Verfahren auf einem Plakat veranschaulichend dargestellt, um zu zeigen, in welche Richtung es weiter gehe und wo die Knackpunkte sind.

Das alte Verfahren ging davon aus, dass erst eine Ersatz- bzw. Behelfsbrücke gebaut werde und dann die zweite Brücke. Es wurde eine EU-Ausschreibung durchgeführt und durch die Vergabekammer wurde empfohlen, diese zurückzusetzen. Letztendlich war allen Prozessbeteiligten klar, dass die EFRE-Mittel in Höhe von ca. 8 Mio. € nicht mehr entsprechend verwendet werden können. Schlussfolgernd sei die Finanzierung nicht gesichert und eine neue Ausschreibung könne zwar modifiziert aber nicht durchgeführt werden.

Eine Auswertung werde erfolgen, um festzustellen, wo es mögliche Defizite im Ablauf gab. Diese sicherte Herr Hantusch bis zum nächsten Stadtrat zu.

Aus den o. g. Gründen fand ein Besuch beim Minister Webel mit dem Oberbürgermeister, Herrn Pfefferkorn und seiner Person statt, um die nächsten Schritte zu besprechen.

Im Ministerium wurden sie mit dem Hinweis empfangen, es gebe einen neuen Vorschlag der Stadtverwaltung. Doch es gab keinen neuen Vorschlag der Stadtverwaltung sondern ein Stadtrat, der an der Stadtverwaltung vorbei gearbeitet hat, unterbreitete dem Ministerium einen Vorschlag. Die Diskussion zur Nichtdurchführung des Vorschlages habe über 20 min. in Anspruch genommen. Dies war unnötig, so **Herr Hantusch** weiter, und bat um das Vertrauen in die Verwaltung. Sollte es weitere Vorschläge geben, seien diese mit der Verwaltung abzusprechen. Zu dem Vorschlag, die Ersatzbrücke als reguläre Brücke zu verwenden, gebe es mittlerweile eine Stellungnahme des beauftragten Rechtsanwaltes aus Berlin. Dieser betrachte diesen Vorschlag sehr skeptisch. Auch das Landesverwaltungsamt argumentierte, dass dieser Vorschlag zwar möglich sei, aber nur mit großem Zeitverlust und einem neuen Planfeststellungsverfahren. Daher werde dieser Vorschlag nicht weiter verfolgt. Zurzeit werden zwei Alternativlösungen verfolgt:

Möglichkeit I: Sobald die Finanzierung gesichert sei, müssen die ca. 50 Bieter angeschrieben werden, so dass das alte Verfahren von vorne beginne. Dies werde nicht vor Ende 2013 erfolgen, weil der Bund einen Teil der Finanzierung bereitstellen müsse. Aufgrund der Bundestagswahlen sei ein früherer Termin nicht möglich, da die Finanzierung im Landeshaushalt aufgenommen werden muss.

Möglichkeit II: Bei dem Besuch des Ministers habe man über ein neues Verfahren, das Verfahren der Aufsplittung, gesprochen. Die sehr umfangreiche EU-Ausschreibung solle in zwei Teilbereiche aufgeteilt werden, zum einen der Teilbereich Behelfsbrücke, der sofort nach Aussage des Ministers umgesetzt werden könne, da dafür das Geld zur Verfügung stehe und zum anderen als zweiter Teilbereich die neue Brücke. Da diese voraussichtlich unter 5,0 Mio. € kostet, brauche nicht EU-weit ausgeschrieben werden.

Für die neue Brücke müsse die Finanzierung aber erst gesichert werden, dies erfolge (wie oben dargestellt) nicht vor Ende 2013.

Den Teilbereich Behelfsbrücke fokussierend, argumentierte **Herr Hantusch** weiter, dass man dieses Vorhaben aufgrund der Standsicherheit der Friedensbrücke von nur 4,0 vorziehe. Die Friedensbrücke sei marode aber ein überfahren sei noch möglich.

Das Hochwasser habe die Brücke zusätzlich geschädigt, dadurch müssen noch mal Arbeiten der Stabilisierung durchgeführt werden. Die erste interne Prüfung brachte im Ergebnis, dass zwei Spuren mit Tempo 30 stadtein- und -auswärts befahren werden können, mit einer Tonnagenbegrenzung auf 18 t. Damit soll die längere Haltbarkeit der Brücke gewährleistet werden. Die für September vorgesehene externe Prüfung werde auf Anfang Juli vorgezogen. Mit dem Ergebnis werde Ende Juli gerechnet. Eine Aussage sei notwendig, wie lange die Brücke noch halten werde, um den Bedürfnissen der Wirtschaft, vom Handel und den Bürgern gerecht zu werden.

Wenn das Verfahren der Aufsplittung möglich ist und Rechtssicherheit bestehe, soll die Behelfsbrücke so schnell wie möglich aus der Gesamtausschreibung herausgelöst werden. Die Vergabe soll ca. Anfang 2014 erfolgen, die Bauzeit betrage 6 Monate. Dieses Konzept müsse ordentlich, gewissenhaft und formaljuristisch geprüft werden.

Des Weiteren sei man auch mit dem MLV im Gespräch, da aufgrund des Hochwassers die Brücke einen Schaden genommen hat. Die Frage, ob dieser Zustand bereits eine Notsituation darstelle, wurde geprüft. Eine Notlage liege aber nicht vor. Nun werde die Höhe des Schadens geprüft.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wie sicher das hauptfavorisierte Verfahren sei, informierte **Herr Hantusch** weiter, dass das Ministerwort gelte.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erkundigte sich, ob sich die Kosten der Behelfsbrücke aufgrund einer längeren Standzeit und Miete erhöhen, falls sich aus finanziellen Gründen der Neubau weiter hinausschiebe. Die Nachfrage wurde bejaht.

Auf eine weitere Nachfrage von **Herrn Otto**, wie die Erhöhung kostenmäßig pro Halbjahr zu beziffern wäre, gab **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, Kosten in Höhe von ca. 600.000 € für ein halbes Jahr an. *(Anmerkung: Diese Aussage wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 25.06.2013 auf 451.000 € pro Jahr korrigiert.)*

In Bezug auf das Hochwasser sei die Frage zum weiterhin parallel laufenden Verfahren Oststrandstraße, 2. Muldebrücke zu fokussieren, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Dieses Verfahren werde in der Öffentlichkeit diskutiert und werde von vielen Leuten als unumgängliche Alternative angesehen. Die Skeptiker haben jetzt in der schwierigen Situation des Hochwassers erlebt, wie vorteilhaft die Brücke gewesen wäre, um die Stadt in Gänze zu verteidigen.

Dieser Zustand sei aus seiner Sicht unzumutbar, argumentierte **Herr Schönemann**. Die Erwartungshaltungen seien groß. An dieser Stelle gehe es nicht um Schuldzuweisungen sondern um die Lösung des Problems. Trotzdem bleibe das Vorhaben in der Wichtung mit einer bestimmten Priorität. Dieses dürfe man nicht aus den Augen verlieren, da ein nächstes Hochwasser mit Sicherheit komme. Die beiden Vorhaben gehören zusammen und können nicht von einander abgekoppelt werden. Hierzu liege ein Ratsbeschluss vor. Die Argumentation fortsetzend, teilte **Herr Schönemann** mit, dass es eine fast 98%ige Zustimmung im Rat zu dieser Art von Lösung gebe.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, beantragte, dass die Verwaltung für den nächsten Ausschuss einen Bericht zum Stand des Verfahrens und dem geplanten weiteren Umgang abgebe. Er möchte wissen, ob es beabsichtigt sei, neue Fördermittel im neuen Förderzeitraum zu beantragen.

Die Diskussion aufgreifend, äußerte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Verwaltung ganz klar einen von den Stadträten formulierten Auftrag habe, an den sie natürlich festhalte. Es werde alles Mögliche getan, um die Situation zu bewältigen - dies habe er intensiv dargelegt - der Ausschuss wurde und werde in jeder Sitzung über das Verfahren informiert.

Er klärte auf, dass man Anfang des Jahres von den neuen EU-Fördermechanismen überrascht wurde. Ein wichtiger Punkt sei, dass die EFRE-Mittel nicht mehr für den Straßenbau eingesetzt werden, 8. Mio. € fallen weg. Das Land wisse nicht, wie es diese 8. Mio. € kompensieren soll.

Es werde am Planfeststellungsbeschluss gearbeitet, den man für das Ende des Jahres erwarte sowie die Rechtskraft im April 2014. Wenn jedoch Initiativen Klage erheben, bedeute dies eine Verlängerung des Prozesses.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hinterfragte in Bezug auf das Hochwasser, welche Chancen für den Restbereich u. a. wie Kleutsch, Möster Höhen bestehen, sowie die Komponente des Anschlusses Hochufer, Großkühnau, Kleinkühnau, Aken als bisher Unbekannte, die Dessau von hinten her bedrohe.

Die Thematik aufgreifend, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass er den Prozess selbst mitbekommen habe. Ein Defizit gebe es noch in Waldersee – Wasserstadt aufgrund der Aussagen der landeseigenen Institutionen. Hier sei der Fürst einmal durchgefahren. Nun aber werde wieder diskutiert, wie man solche Prozesse beschleunigen könne. Es müsse deutlich gesagt werden, dass es teilweise am Land selbst liege.

Die Landes- und Bundespolitik habe hoffentlich nach diesem Hochwasser begriffen, dass es sinnvoller sei, kleine Geldsummen vorher auszugeben, um die großen Schäden hinterher zu vermeiden, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie man solche Finanztöpfe schaffen könne bis hin, dass auch Versicherungen mit herangezogen werden können. Das ist eine Forderung, die man an die Landes- und Bundespolitik stellen müsse. Zum Ablaufplan des Verfahrens der Ostrandstraße habe man seit Monaten nichts mehr gehört. Den Stadträten werde die Schuld zugeschoben, sie hätten die Verwaltung überfordert. Es wurde damals der Beschluss gefasst, diskutierte **Herr Otto** weiter, dass beide Vorhaben – Friedensbrücke und Ostrandstraße – parallel vorzubereiten seien. Hätte man in der Verwaltung andere Prioritäten gesetzt, wäre dies auch abzuarbeiten gewesen. Es sei einzig und allein das Versäumnis der Verwaltung und nicht der Politik.

Widersprechend äußerte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass man alles, was möglich war, getan habe. Beide hochkomplexe Verfahren parallel

mit gleichem Personal zu steuern habe man versucht und man sei auch sehr weit gekommen. Trotzdem sei es ein Unterschied, ob ein oder zwei komplette Projekte gesteuert werden müssen. Wäre der Stadtrat dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, dann wäre die Umsetzung ein halbes Jahr früher fertig. Folglich wären dann auch die 8. Mio. € nicht weg.

In die Debatte eingreifend, erinnerte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, daran, dass man sich vorgenommen hatten, im Interesse der Sache, erst in der Ursachenforschung vor zu gehen, wenn die Probleme anständig gelöst wurden. Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, habe im Zuge der Ostrandstraßenproblematik immer zeitnah nach Sachstand berichtet. Dies sei auch protokollarisch festgehalten worden. Eine qualifizierte fachliche Begleitung für die öffentliche Wahrnehmung sei in diesem Prozess wichtig, so dass es für den Bürger auch nachvollziehbar ist. Eine Prüfung in Bezug auf die Schuldzuweisungen werde es geben, aber im Vordergrund stehe die Lösung der Probleme, so **Herr Schönemann** abschließend.

**Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, sprach sich gegen die geäußerte Kritik aus. Er persönlich habe wahrgenommen, dass beide Verfahren von der Verwaltung voran getrieben wurden und letztendlich sei es „nur“ an einem Ausschreibungsfehler gescheitert bzw. an den Widerspruch gegen diese Vergabe. Davor sei niemand gefeit. Man könne diese Äußerungen nicht so stehen lassen. Auch der Stadtrat habe sich zu spät für diesen Weg entschieden.

Herrn Hofmeisters geäußerte Meinung unterstützend, fügte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, hinzu, dass es nicht ziel führend sei, jetzt den Schuldigen zu suchen. Die Muldebrücke sei vernachlässigt worden. Dass es soweit gekommen sei, ist auch die Schuld derer, die das hätten vermeiden können. Statt zurückzublicken, sollte das Beste daraus gemacht werden. Ein Fehler in der Ausschreibung könne passieren, er war nicht mit Absicht.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, korrespondierte, dass die neuen Vergabeverfahren und die neue EU-Gesetzgebung so manches Einklagen ermöglichen. Die Verfahren seien sehr kompliziert geworden. Statt der vereinfachenden Wirkung, um regionale Unternehmen besser in die Auftragslagen einzubinden, sei das Gegenteil mit dieser Entwicklung passiert. Juristische Spitzfindigkeiten spielen hier eine große Rolle.

Den Meinungs austausch ergänzend, kommentierte **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, dass man an dieser Stelle mit Schuldzuweisungen nicht weiter komme, es sollte zur Sachlichkeit gefunden werden. Eine Aufarbeitung der Schuld müsse aber ganz klar erfolgen.

Sich gegen die Argumentation von Herrn Dreibrodt richtend, informierte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass man, neben den ganzen Umgehungsstraßen, Gewerbegebieten und Wohngebieten, die entwickelt worden sind, aus den Stand 0 in 12 ½ Jahren vier große Brücken gebaut habe. Es gab eine klare Anarbeitung für die Ostrandstraße und eine klare Prioritätensetzung: erst Ostrandstraße dann Brücke. Mit dem geplanten Ablauf und ohne Verzug in der Umsetzung hätte es keine Probleme mit der Brücke gegeben.

Seit 2004/2005 sei der Stadt und dem Stadtrat bekannt, welchen Zustand die Brücke habe, legte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dar. Bei der Veranschaulichung zum Verfahren habe er nicht einmal eine Schuldzuweisung gegen den Stadtrat geäußert sondern er habe sich nur auf die Zukunft konzentriert. Die Bürger, der Handel und die Unternehmen können nicht mehr verstehen, dass sich die Stadt und die Stadträte streiten.

**Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, erinnerte daran, dass jeder, der sich hier äußere, auch davon ausgehen müsse, dass dieses Auftreten öffentlich projiziert bzw. wahrgenommen werde.

**Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, beantragte das Ende der Debatte.

Die Aussprache beendend, verwies **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf die sachlich und pointiert geführte Diskussion. Es gebe jetzt einen einheitlichen Ausgangspunkt, nach den Empfehlungen der Verwaltung. Es werde kein Widerspruch des Ausschusses gegen die Vorgehensweise geben. Es sei die einzige Alternative. Er danke für die Informationen.

Weitere Wortmeldungen wurden zu diesem Thema nicht geäußert.

## **6.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

In Bezug auf das Jahrhunderthochwasser griff **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, die Thematik des Stadtteils Roßlau und dessen Brennpunkte auf. In der Südstraße gebe es schon immer zwei Probleme. Zum einen sei dort der Rosseldurchfluss durch die Brücke in der Südstraße und zum anderen das Elbehochwasser als Überflutungsgefahr für die Südstraße. Für das Schöpfwerk habe man 10 Jahre Planung gebraucht und im 11. Jahr wurde mit der Umsetzung angefangen. Dies war ein Jahr zu spät bzw. das Hochwasser kam ein Jahr zu früh, so **Herr Dreibrodt**. Die Durchweichung wurde abgestellt, in dem man eine Spundwand eingezogen habe. Damals gab es eine Diskussion zum Thema Überflutung. Diskutiert wurde, ob eine ständig höhere Spundwand gebaut werde. Da es aber u. a. optische Probleme gab, wurde dies für nicht gut geheißen. Er habe gehört, dass es damals ein Angebot von Seiten der Schiffswerft Roßlau für eine transportable Spundwand für 200.000 € gegeben haben soll, mit der die ganze Südstraße an einem Tag gesichert hätte werden können. Die Personen, die jetzt tagelang 10-12 Stunden hart gearbeitet haben, Personen von Roßlau, Meinsdorf und Mühlstedt, haben 14 Tage dafür gebraucht. Aus diesen Gründen möchte Herr Dreibrodt wissen, welche Kosten entstanden sein (Arbeitsfreistellungen für Kameraden, Versorgung, Technikeinsatz etc.), um dies in Verhältnis zur genannten Anschaffung der transportablen Spundwand inklusive Einlagerung zusetzen. Wenn in der gleichen Frequenz oder vielleicht auch öfters Hochwassersituationen eintreten, dann hätte man sich damals vielleicht durchringen sollen, die transportable Spundwand einmalig anzuschaffen. Garantiert wäre dies besser und preiswerter gewesen, verbunden mit weniger Stress für die Kameraden.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, bestätigte die Spundung durch die Stadt und das LHW. Sobald das Schöpfwerk installiert sei, werde eine Vorrichtung auf die Spundwand gesetzt. Präzisierend erklärte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass statt der Vorrichtung eine massive Betonaufkantung auf die Spundwand gesetzt werde. Hierzu gebe es einen Vertrag mit dem LHW. Die Höhe wurde diskutiert und beschlossen, ergänzte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Daraufhin nahm **Herr Dreibrodt** seine Forderung der Kostenermittlung und des Vergleichs zurück.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erkundigte sich über die Höhe der Betonaufkantung. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, empfahl hierzu, die Beschlussvorlage bzw. das Deckblatt der Vorlage noch mal am Protokoll anzuhängen. Weitere Fragen könne man nach der Ausreichung der Vorlage klären.

Die Nachfrage von **Herrn Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, ob die Beschlusslage zur Ausbauhöhe im Ortschaftsrat besprochen wurde, wurde bejaht.

**Herr Bähr, Fraktion der FDP**, erkundigte sich, ob das Schöpfwerk so geplant sei, dass es nicht – wie in Aken - abgeschaltet werden müsse. Dies sollte geprüft werden.

**Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, informierte, dass die DWG Gebäude in der Gropiusallee an die Wohnungsgenossenschaft verkauft habe. An Herrn Hantusch gerichtet, erkundigte er sich, ob ihm dieser Fall bekannt sei. Die Genossenschaft möchte offenbar diese Gebäude abreißen.

Weiterführend setzte **Herr Busch** den Ausschuss in Kenntnis, dass ein Bürger an ihn herantreten sei. Dieser habe mitgeteilt, dass in dieser Problematik mit merkwürdigen Methoden vorgegangen werde. 3 Personen sollen sich aufgrund vom psychischen Stress bereits im Krankenhaus befinden. Er habe ein Schreiben vorliegen, bei dem es darum gehe, dass einer der Bewohner aufputschende Thesen an das Gebäude gesetzt habe. Ein von der Geschäftsführung bestätigtes Schreiben einer Anwaltskanzlei liege ihm vor, indem dem Bewohner eine Unterlassungsklage, 20.000 € Strafgeld ersatzweise Ordnungsgeld oder Ordnungshaft bis 6 Monate angedroht werde. Dies sei eine Unverschämtheit, so **Herr Busch** weiter, und möchte dies auch ausdrücklich in Relation zur Öffentlichkeitsarbeit der DWG setzen, wo die Stadträte äußerst kritisch gewesen sind. Es könne nicht sein, dass die Wohnungsgenossenschaft mit solchen Methoden arbeite. Er bat die Stadtverwaltung um entsprechende Maßnahmen und ein Gespräch mit der Geschäftsführung der Genossenschaft zu führen. Des Weiteren bat er auch um ein Votum der anwesenden Stadträte. Dies sollte man in dieser Stadt nicht tolerieren.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, votierte für ein Gespräch mit der Geschäftsleitung der Wohnungsgenossenschaft.

**Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bat um Bericht in einer der nächsten Sitzungen.

Abschließend informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, über die stattfindende Sitzung am 25.06.2012 gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus im Haus Kühnau zum Hauptthema Integriertes Stadtentwicklungskonzept - INSEK. Des Weiteren werde am 11.07.2013 eine weitere Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stattfinden.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen teil der Sitzung um 18:25 Uhr schloss.

Anschließen wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **10. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 14.10.13

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Günther  
Schriftführerin

